

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

8.6.1932 (No. 131)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3516

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe

Preis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Briefschaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südbadischland in der Zeit vom 16. bis 31. Mai 1932.

Die Gesamtbelastung des südbadischen Arbeitsmarktes hat in der zweiten Hälfte des Mai um rund 11 000 Arbeitslose abgenommen. Das bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern vorgemerkte Angebot an verfügbaren Arbeitsjungen ist von 823 022 Personen in der Mitte des Mai auf 812 030 am Ende des Monats um 2,4 v. H. zurückgegangen; von dem Gesamtbestand an Arbeitsjungen entfielen 127 814 auf Württemberg und Hohenzollern und 184 216 auf Baden. Von den Arbeitsjungen waren 297 920 als arbeitslos anzusehen, und zwar 120 334 in Württemberg und 177 586 in Baden. Die Arbeitslosenzahl war Ende Mai in diesem Jahre um 87 v. H. größer als im vorigen Jahre bei 215 607 Arbeitslosen zur gleichen Zeit. Im Jahre 1930 waren Ende Mai 135 076 Arbeitslose gezählt worden und Ende Mai 1929 waren es nur 79 178 gewesen.

Die Belastung der Unterstufungseinrichtungen ist in der Arbeitslosenversicherung um 3850 Hauptunterstützungsempfänger und in der Krisenfürsorge um 7152 zurückgegangen. Der Stand an Hauptunterstützungsempfänger war nach der Statistik der Arbeitsämter vom 31. Mai 1932 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 69 156 Personen (47 540 Männer, 21 616 Frauen), in der Krisenfürsorge 91 869 Personen (76 326 Männer, 15 543 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten ist um 11 002 Personen oder um 6,4 v. H., nämlich von 171 827 Personen (132 932 Männer, 38 895 Frauen) auf 160 825 Personen (123 866 Männer, 36 959 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 67 558 gegen 71 408 auf Baden 93 267 gegen 100 419 am 14. Mai 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südbadischland kamen am 31. Mai 1932 auf 1000 Einwohner 32,0 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, dazu kamen noch 69 960 (13,9 vom Tausend der Einwohner) von der öffentlichen Fürsorge unterstützte Wohlfahrtsberufungslose.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von den Vorgängen in folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Verhältnismäßig die stärkste Entlastung erfuhr der Arbeitsmarkt der Land- und Forstwirtschaft. In dieser Berufsgruppe hat die Arbeitsjungenzahl um 1295 Personen oder um fast 20 v. H. abgenommen. Das vorhandene Kräfteangebot von 5441 Personen war Ende Mai aber immer noch um 2319 Stellenjungen oder um rund 75 v. H. größer als im vorigen Jahre und dreimal so groß wie Ende Mai 1930. In der Berichtszeit hat sich die Vermittlungstätigkeit in vielen Bezirken fühlbar belebt; untergebracht wurde vor allem jüngeres Dauerpersonal. Auch mehreren landwirtschaftlichen Beamten konnten Stellen nachgewiesen werden. Anforderungen für die Gewerke wurden erst vereinzelt gemeldet. Ein Arbeitsamt konnte 62 Kräfte in Arbeitsplätze vermitteln, die sonst mit ausländischen Landarbeitern besetzt wurden. Das Elend und die Schwere waren für deutsche landwirtschaftliche Kräfte nur in sehr geringem Maße aufnahmefähig.

In den Saisonberufen der Industrie der Steine und Erden war in der Berichtszeit eine Abnahme der Arbeitsjungen um 10 v. H. zu verzeichnen. Die Arbeitsaufnahme in der Ziegelindustrie hat sich in den meisten Bezirken fortgesetzt. Die Steinbruchbetriebe haben ebenfalls eine größere Anzahl von Arbeitern, hauptsächlich Steinbrecher und Steinhauer, wieder eingestellt. Ein württembergisches Zementwerk hat mit 80 Arbeitern den Betrieb wieder aufgenommen. Ein anderes größeres Zementwerk hat aber bereits wieder einen Stilllegungsantrag eingereicht. Entlassungen sind nur aus der Majolikaindustrie gemeldet worden.

In der Metallverarbeitung und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate war die Abnahme der Arbeitsjungen erheblich unter dem Durchschnitt. Von den in der Mitte des Monats gemeldeten 68 000 Arbeitskräften kamen bis Ende des Monats nur 1400 oder etwas über 2 v. H. in Abgang. Dabei kamen die Abgänge nicht einmal in ihrem eigentlichen Beruf in Beschäftigung, sondern nahmen größtenteils berufsfremde Arbeit an. Die Lage der Metallindustrie blieb abgesehen von einigen örtlichen Besserungsercheinungen, in allen Branchen unverändert schlecht. Bei der Unmöglichkeit die Zahl der beschäftigten Arbeiter durch weitere Ausdehnung der Kurzarbeit zu erhalten, werden überall Einzelentlassungen vorgenommen und größere Einschränkungen der Arbeiterzahlen sind in bedrohliche Nähe gerückt. Die Zahl der arbeitslosen weiblichen Arbeitskräfte hat sich in der Berichtszeit sogar vermehrt, obwohl die weiblichen Arbeitskräfte infolge ihrer größeren Willigkeit leichter gehalten werden können.

In der chemischen Industrie hat eine Gorb- und Farbstofffabrik 45 entlassene Arbeitskräfte wieder eingestellt.

In der Textilindustrie sind in der Trikotagenindustrie nur mehr wenige Betriebe voll beschäftigt. In allen Bezirken wurden weitere Einschränkungen der Arbeitszeit und der Arbeiterzahl vorgenommen. In der Samtindustrie sind durch die Stilllegung eines Betriebes 165 Arbeiter arbeitslos geworden. In der Seidenwarenindustrie war die Beschäftigungslage unverändert schlecht. In der Baumwollspinnerei und -weberei war die Beschäftigung vor allem im südlichen Baden unbefriedigend. Entlassungen wurden von einer Futtermehlfabrik und Sädesfabrik durchgeführt. Der Arbeitslosenstand der gesamten Textilindustrie war gegen Mitte Mai mit 10 300 Arbeitsjungen unverändert.

### Letzte Nachrichten

#### Weitere Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen Preußische Notverordnung heute abend

BRB. Berlin, 8. Juni. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird das preußische Kabinett heute nachmittag die Verhandlungen über die Sicherung der preußischen Staatsfinanzen fortsetzen.

Den Vormittag über haben in den Messordt eingehende Besprechungen stattgefunden mit dem Ziel weiterer Statistiken. Sowohl diese Beratungen wie auch die über die Aufbringung der noch erforderlichen Deckungsmittel sind nunmehr soweit geblieben, daß man in unterrichteten preußischen Kreisen noch für heute mit dem Abschluß der Kabinettsberatungen rechnet. Danach wird die Notverordnung voraussichtlich heute abend erlassen. Die Verlesung der Kabinettsbeschlüsse auf den Nachmittags hat auch nach dem Grund, daß die dem Zentrum angehörenden Mitglieder der Staatsregierung heute vormittag an der Vorstandssitzung ihrer Partei teilnahmen.

Im Anschluß an die Beratungen der Zentrumspartei rechnet man mit einer Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Reichs- und Preußenregierung. Dabei dürfte es sich nicht mehr um die finanziellen Fragen handeln, die durch die getriggerte Besprechung in der Reichstagskanzlei in dem Sinne geflärt sind, daß Preußen sich zunächst selbst helfen muß, sondern mehr um die konstitutionellen Fragen der Regierungsbildung in Preußen und die damit zusammenhängenden Probleme.

#### Vorstandssitzung der Zentrumspartei

BRB. Berlin, 8. Juni. (Tel.) Der erweiterte Vorstand der Zentrumspartei trat am heutigen Mittwoch im Reichstag zu einer Tagung zusammen, der in politischen Kreisen große Bedeutung beigegeben wird. Bei den Beratungen dürfte es sich nicht nur um die Stellungnahme zur Reichstagsauflösung und den Fragen des Wahlkampfes, sondern auch um die Haltung des Zentrums gegenüber der preußischen Frage handeln. Man erwartet von der Sitzung des Vorstandes eine entscheidende Äußerung zur Frage der Regierungsbildung in Preußen, die je entsprechend dem Wunsch des Reichstags schon in der nächsten Woche geflärt werden soll. Den Vorsitz in der Vorstandssitzung führte der Parteivorstandende, Dr. Haas. Die preußischen Zentrumsmänner Dr. Hirtfelder, Dr. Schmidt und Dr. Steiger nahmen an der Sitzung teil, ebenso der bisherige Reichstagsler Dr. Brüning.

#### Beginn der Memelverhandlungen in Haag

BRB. Den Haag, 8. Juni. (Tel.) Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof begannen heute vormittag die öffentlich-mündlichen Verhandlungen im Memelstreit. Am Tisch der einen Parteipartei nahm für Frankreich der juristische Berater des Quai d'Orsay, Prof. Basdevant, für Italien der italienische Kronjurist Bilotti, für England der englische Kronjurist Sir William Malkin und für Japan dessen Gesandter in Haag, Matsumaga, Nak; für die andere Partei ist der litauische Gesandte in London, Sidlauskas, erschienen. Die Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Guerrero (San Salvador) eröffnet.

Reichsfinanzminister v. Neurath frühstückte heute, Mittwoch, in London beim Ministerpräsidenten MacDonald.

Keine Abwertung des österreichischen Schillings. Zu den in einem Berliner Blatt gedruckten Nachrichten über die angeblichen Abwertungspläne für den österreichischen Schilling erklärt die Presseabteilung der österreichischen Gesandtschaft in Berlin, daß die für die Währung verantwortlichen Stellen in Wien sich mit derartigen Projekten in keiner Weise identifizieren, sondern sie auf das Schärfste ablehnen.

In der Papierindustrie wurde eine Kartonagenfabrik stillgelegt, eine Tuisfabrik mit 80 Beschäftigten ersetzte Stilllegungsanzeige.

In der Lederindustrie wurden die angekündigten Entlassungen noch nicht durchgeführt. In der Röhrenfabrikation konnte nur ein Drittel der Belegschaften voll beschäftigt werden. Der übrige Teil der Arbeiterkraft wird durch Kurzarbeit gehalten. Größere Entlassungen haben nochmals in der Gummiindustrie stattgefunden.

Im Holz- und Schnittholzgewerbe blieb die Entlastung wie in der Metallindustrie unter dem Gesamtdurchschnitt, weil die Entlassungen in der württembergischen Möbelindustrie und in der badischen Sägewerksindustrie noch nicht aufgehört haben.

Eine relativ günstige Entwicklung hat das Nahrungsmittelgewerbe genommen, wo sich infolge von Wiedereinstellungen in der badischen Tabakindustrie die Zahl der Arbeitsjungen um 1829 Arbeitskräfte oder um 8,3 v. H. vermindert hat. Eine Zuckerfabrik hat ihre Stammbelegschaft trotz Einführung von Kurzarbeit nicht halten können und 40 Stammarbeiter entlassen. Auch von einer Nahrungsmittelfabrik wurden Entlassungen gemeldet.

Im Bekleidungs-gewerbe war die Entwicklung im Schneiderhandwerk uneinheitlich; teils konnte sich die Beschäftigung noch verbessern, in verschiedenen Bezirken ist jedoch nach Pfingsten die saisonmäßig zu erwartende Verschlechterung eingetreten. So hat die Konfektionsabteilung einer Tuchfabrik 50 Schneider

### \* Das preußische Problem

Um die Situation in Preußen richtig zu verstehen, muß man sich immer wieder die parlamentarischen Machtverhältnisse, wie sie sich aus den Wahlen vom 24. April d. J. ergaben, vor Augen halten. Die Rechtsparteien verfügen im neuen Parlament nicht über die Mehrheit. Es fehlen ihnen dazu rund 10 Stimmen. Jedenfalls sind Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrum und Staatspartei, wenn sie zusammenstimmen, um ein paar Stimmen stärker als die Parteien der Rechten. Und diese geringe Überlegenheit hat genügt, um das beauftragte Mandat, was man das preußische Problem nennt. Denn eine Regierungsbildung ist unter diesen Umständen unmöglich. Die bekannte Änderung der Geschäftsordnung, die von der regierenden Mehrheit noch kurz vor den Wahlen beschlossen wurde, fordert bekanntlich, daß der vom Landtag zu wählende Ministerpräsident, der dann die übrigen Minister beruft, mit absoluter Mehrheit gewählt wird.

Allerdings würde auch die Rückkehr zur alten Geschäftsordnung auf die Dauer wenig helfen können. Geht der Ministerpräsident gewählt werden, dann könnte nach Lage der Machtverhältnisse im Landtag die schwache Mehrheit der Linken jederzeit das Kabinett stürzen oder es in seiner Tätigkeit lahmlegen. Auch ein mit einfacher Mehrheit gewählter Ministerpräsident würde, um parlamentarisch arbeiten zu können, auf die Zustimmung einer absoluten Mehrheit angewiesen sein.

Das bisher regierende Kabinett Brauns ist bekanntlich zurückgetreten und hat dann noch zu allem Überflus ein Mißtrauensvotum von einer Mehrheit des Landtags bekommen, die sich aus den Rechtsparteien und den Kommunisten zusammensetzte. Eine Regierungsbildung ist also in Preußen nur dann zu bewerkstelligen, wenn das Zentrum mit den Nationalsozialisten bzw. den Rechtsparteien in eine Koalition geht oder durch wohlwollende Neutralität die Bildung und das Amtieren eines Reichskabinetts ermöglicht. Faktisch wird es dazu wohl nicht kommen.

Schließlich gäbe es noch die Möglichkeit, daß die Kommunisten sich dazu entschließen, das bisherige Kabinett mit allen Mitteln zu stützen. Wenn auch neuerdings von Moskau her ein ganz bestimmter Druck ausgeübt wird, um eine sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront herzustellen, so ist doch kaum damit zu rechnen, daß die Kommunisten in Preußen eine so radikale Schwertung vornehmen und nun plötzlich eine Koalition in aller Form unterstützen könnten, die sie bisher aufs leidenschaftlichste bekämpft haben. Eine Bekämpfung, die geradezu Voraussetzung ihrer ganzen Werbetätigkeit den Wähler gegenüber ist.

Aber unmöglich ist bekanntlich auf dem Gebiet der Politik nichts. Und es muß immerhin auffallen, daß Ministerpräsident Braun zwar einen Erholungsurlaub angetreten und für diese Zeit seiner Abwesenheit den dienstältesten Minister, den Wohlfahrtsminister Hirtfelder (Zentrum) mit seiner Vertretung beauftragt hat, daß er aber gleichzeitig erklärt hat, er habe nicht die Absicht, nun auf keinen Fall mehr in sein Amt zurückzukehren.

In zwei Hutfabriken wurde eine größere Anzahl von Strohtüchlerinnen und Puhmacherinnen freigesetzt. An der Vermehrung der Arbeitsjungenzahl, die im gesamten Bekleidungs-gewerbe 316 Personen betrug, waren ferner noch einige Schuhfabriken beteiligt.

Im Baugewerbe ist das verfügbare Kräfteangebot um 2700 Fach- und Hilfsarbeiter oder um 5,5 v. H. zurückgegangen. In verschiedenen Bezirken sind Streiks der Bauarbeiter ausgebrochen.

Im Vertriebs-tätigungsgewerbe wurde von einer größeren Druderei in Baden für 60 Arbeiter Entlassungsantrag gestellt. Der Arbeitslosenstand im Vertriebs-tätigungsgewerbe betrug Ende Mai 3416 Personen, 2817 Männer und 599 Frauen, gegen 1810 männliche und 437 weibliche Arbeitslose in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe waren die Vermittlungsergebnisse in einigen Bezirken ziemlich befriedigend. Die Abnahme der Stellenjungen betrug 637 Personen oder 8,3 v. H. Das Arbeitsamt Mannheim konnte aus Anlaß einer Ausstellung 238 kurzfristige Vermittlungen vornehmen.

Im Verkehrs-gewerbe haben die Einstellungen von Zeitarbeitern bei der Reichsbahn in mehreren Bezirken eine kleine Entlastung des Arbeitsmarktes bewirkt.

In den Angestelltenberufen ist die Zahl der Stellenjungen erstmals nicht mehr weiter angewachsen.

In den übrigen Berufsgruppen waren die Voraänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Solche Rückkehr in das Amt könnte ja nur dann in Betracht kommen, wenn das geschäftsführende Kabinett sich entschließen sollte, weiterhin zu amtieren, und zu diesem Entschluß durch ganz bestimmte Zusagen der Kommunisten ermächtigt wird.

Der Reichskanzler, Herr von Papen, wünscht seinerseits jedenfalls, daß das preußische Problem raschestens gelöst wird. Er hat deshalb den preußischen Landtagspräsidenten, den nationalsozialistischen Abgeordneten Kerel, ersucht, den Landtag in Kürze einzuberufen — ein Ersuchen, dem sicherlich entsprochen werden wird —, und er hat direkte Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum inszeniert, um nochmals die Frage einer Koalition besprechen zu lassen.

Gleichzeitig hat das Reichsfinanzministerium insofern einen Druck auf Preußen ausgeübt, als es sich weigerte, 100 Millionen Reichsmark an Preußen zur Deckung seines Defizits zu zahlen; eine Summe, die in früheren, unverbindlichen Besprechungen als Entgelt des Reiches für die Überlassung der preußischen Siedlungsbank gezahlt werden sollte. Während man in Preußen diese Besprechungen als solche abschließender Art angesehen hatte, wird vom Reichsfinanzministerium erklärt, daß es noch zu keinem Abschluß gekommen sei, und daß das Reich keine bindenden Zusicherungen gemacht habe. Wie gemeldet wird, hat Preußen rechtsgültige Beweise für seine Auffassung nicht beizubringen vermocht.

Die preußischen Finanzen bedürfen dringend der Ordnung. Und diese Ordnung ist ohne jene 100 Millionen Reichsmark nicht herzustellen, falls man es nicht mit neuen und höchst unpopulären Steuern versucht, die aber im Landtag bestimmt keine Mehrheit finden dürften. In Berlin wird demgemäß die Frage eifrig erörtert, was zu geschehen habe, wenn eine Regierungsbildung sich weiterhin als unmöglich erweist, und wenn es zur finanziellen Krise in Preußen kommt. Es gibt ganz bestimmte Kreise in Berlin, die für den Fall, daß Preußen „die ihm aus der Verfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten“ (also z. B. Auszahlung der Beamtengehälter) nicht erfüllen könnte, und dann eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zu befürchten wäre, die Einsetzung eines Reichskommissars befürworten. Von nationalsozialistischer Seite ist bereits erklärt worden, daß man gegen die Bestellung eines solchen Reichskommissars durch Herrn von Papen nichts einzuwenden habe.

Bei alledem gibt es natürlich auch noch die Möglichkeit von Neuwahlen. Im Parlament dürfte sich allerdings beim heutigen Stand der Dinge kaum eine Mehrheit für Auflösung des Landtags finden, da die Kommunisten unter Revision ihres früheren Standpunkts gegen einen nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung stimmen würden. Nach der preußischen Verfassung kann allerdings die Auflösung auch noch durch einen Beschluß des sogenannten Dreimännerkollegiums herbeigeführt werden. Dieses Kollegium wird gebildet vom Ministerpräsidenten, also Herrn Braun, vom Landtagspräsidenten (dem Nationalsozialisten Kerel) und dem Vorsitzenden des preußischen Staatsrats. Unter Umständen wäre ein Ausweg aus der Krise, eine Lösung des preußischen Problems in der Weise in Angriff zu nehmen, daß eben dieses Dreimännerkollegium die Auflösung des Landtags beschließt, und dann die Neuwahlen gleichzeitig mit den Wahlen zum Reichstag stattfinden. Daß das Reichskabinett nur sehr ungern und nur im äußersten Moment zur Einsetzung eines Reichskommissars schreiten wird, kann man sich wohl denken.

Das neue deutsche Meldedirektorium Dr. Schreiber hat am Dienstag sein Amt übernommen. Präsident Dr. Schreiber erklärte, er sei sich darüber klar, daß er ein hohes Maß von Pflichten übernommen habe, an erster Stelle die Verpflichtung zur unbedingten Unparteilichkeit. Gouverneur Gylls sprach anschließend den Wunsch aus, daß es dem neuen Direktorium gelingen möge, das Meldedirektorium aus der schweren wirtschaftlichen Bedrängnis herauszuführen. Es werde vielleicht nicht zu vermeiden sein, daß über die eine oder die andere Frage Meinungsverschiedenheiten entstehen; er hoffe aber, daß es bei gutem Willen möglich sein werde, eine gemeinsame Basis zu finden.

Das Schweizerische Parlament trat am Dienstag zu einer dreiwöchigen Session zusammen. Mit überwältigender Mehrheit wurde ein kommunistischer Antrag abgelehnt, in dem der Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund verlangt wurde. Die Sozialisten hatten sich bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Der Kraftwerksbau Klingnau. Der aargauische Regierungsrat erklärt auf Grund der durchgeführten Untersuchung in der Presse erhobene Anschuldigungen gegen die Aarewerke AG. als unbegründet. Es treffe nicht zu, daß der an die schweizerische Arbeitsgemeinschaft Th. Werchsinger AG. in Lengnau vergebene Stauwehrbau des Kraftwerkes Klingnau (oberhalb der Aaremündung bei Waldshut) von dieser an die deutsche Firma Philipp Holzmann in Frankfurt a. M. weiter vergeben worden sei, und auch sonst im erheblichen Maße deutsche Unternehmer und Lieferanten betätigt worden seien.

Die deutsche Delegation für Lausanne, der die Reichsminister Frhr. v. Neurath, Graf Schwerin und Prof. Warmboldt angehören werden, wird nächsten Dienstag abreisen.

Herriot reist nach Genf. Wie Gatas aus Genf berichtet, wird Herriot am Montagvormittag dort erwartet, wo er hauptsächlich mit den Außenministern, die in Genf anwesend sein werden, Beratungen abzuhalten beabsichtigt, die sich auf das Programm der Lausanner Konferenz, wie auf die Abrüstungskonferenz beziehen sollen.

Zu Luftfahrtschiff der Abrüstungskonferenz haben die Vertreter Deutschlands, Italiens und der Sowjetunion die weitere Mitarbeit abgelehnt.

## Die Reichsfinanzen

### Grundsätzliche Beschlüsse des Reichskabinetts

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett fasste am Dienstag grundsätzliche Beschlüsse über die Sicherstellung der Reichsfinanzen. Die Reichsressorts wurden angewiesen, weitere Ersparnisse für den Reichshaushalt 1932 noch über den bereits vorliegenden Haushaltsplan hinaus anzumelden. Ferner lehnte das Reichskabinett unter anderem die Beratung über das länderliche Siedlungsweien fort, das durch Beschluß vom 8. Juni 1932 dem Reichsfinanzministerium zugewiesen wurde.

Die neue Notverordnung der Reichsregierung wird voraussichtlich in der ersten Hälfte der nächsten Woche herauskommen. Praktisch handelt es sich dabei um zwei Notverordnungen, nämlich einmal um den Etat, zum andern um die Sicherung der Finanzen. Der Etat erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli bis 1. April, also auf neun Monate. Bekanntlich ist für die Zeit vom April bis zum 30. Juni d. J. bereits eine Regelung getroffen worden, und zwar im Zusammenhang mit der vom Kabinett Brüning vorgenommenen Umlegung des Beginn des Etatsjahres auf den 1. Juli.

Die Ersparnismaßnahmen, die angekündigt worden sind, beziehen sich auf sachliche Ausgaben, das heißt also, daß vom Kabinett keine neuen Steuern beabsichtigt sind. Ob es doch zur Einführung der Vermögenssteuer kommt, ist offenbar noch nicht ganz genau geklärt. Ein wesentlicher Teil der Ersparnismaßnahmen bezieht sich auf jene Kapitel, die unter dem Begriff Versicherungsverträge zusammengefaßt werden und die im ganzen die Summe von 3,018 Milliarden ergeben. Auf diesem Gebiete sind anscheinend weitere Abstriche geplant. Zum größten Teil dürfte es sich aber darum handeln, andere Deckungsmöglichkeiten zu suchen. Im einzelnen ist die Verwirklichung dieser neuen Ideen den Kabinettsberatungen der nächsten Tage vorbehalten. Als sicher kann aber schon jetzt gesagt werden, daß eine Zusammenlegung der drei verschiedenen Arten der Arbeitslosenhilfe nicht in Frage kommt.

## Die kommenden Reichstagswahlen

### Wirtschaftspartei für bürgerliche Sammlung

Reichstagsfraktion und Parteivorstand der Wirtschaftspartei veröffentlichten einen Beschluß, in dem es heißt:

Parteivorstand und Reichstagsfraktion stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß die politische Lage das nationale freiheitliche deutsche Bürgerertum gegen jede Unterdrückung, gegen die Gefahr der Diktatur über alle Parteigrenzen hinweg in eine große Einheitsfront zwingen muß. Die Wirtschaftspartei ruft daher das nationale, die Freiheit liebende, Unterdrückung und diktatorischen Terror verachtende und bekämpfende Bürgerertum auf, sich über alle Parteibindungen hinweg in der neuen Front der schaffenden nationalen deutschen Menschen zusammenzufinden.

### Die sozialdemokratische Wahlparole

Der Parteiaussschuß der SPD. befaßte sich, wie parteiamlich mitgeteilt wird, am Dienstag unter dem Vorsitz von Otto Weis mit den jüngsten politischen Ereignissen, über die Abg. Dr. Breitscheid ein eingehendes Referat erstattete. Die Aussprache — so heißt es in dem Bericht —, die insbesondere den bevorstehenden Wahlkampf betraf, zeigte hinsichtlich der Führung des Kampfes gegen den Faschismus völlige Übereinstimmung und entschlossenen Kampfeswillen. In seinem Schlußwort gab der Führer der Partei, Otto Weis, der Überzeugung Ausdruck, daß die SPD. auch die bevorstehenden Kämpfe erfolgreich überstehen dürfe.

Zentrum und Bayerische Volkspartei. In einem Teil der Presse der Bayerischen Volkspartei wird eine Vereinigung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei propagiert. Die „Germania“, die seit der neuerlichen politischen Entwicklung wieder als offizielles Zentrumsorgan betrachtet werden muß, begrüßt diese Anregung. Der Landesvorstand und der Landesaussschuß der Bayerischen Volkspartei sind zum 11. Juni nach München einberufen worden. Auf dieser Tagung wird die Frage im Vordergrund der Diskussion stehen.

Die NSDAP. und die Regierungsbildung in Bayern. Der Führer der nationalsozialistischen Fraktion, Abg. Dr. Buttman, hat in einem Antwortschreiben auf die Anregung der Bayerischen Volkspartei über die Frage der Regierungsbildung u. a. erklärt, daß die nationalsozialistische Fraktion den von der Bayer. Volkspartei vorgeschlagenen Weg nicht für geeignet halte, ein Gesamtministerium zu bilden.

Der Christlich-Sozialen Volksdienst erklärt, daß er den Wahlkampf selbständig, als rein evangelische Gruppe führen werde.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Dienstag den bisherigen Reichskanzler Dr. Brüning zur Verabschiedung.

Staatssekretär Dr. Geis will zurücktreten. Staatssekretär Dr. Geis vom Reichsarbeitsministerium hat dem Reichsarbeitsminister seinen Wunsch übermittelt, zur Disposition gestellt zu werden.

Samstag Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin. Die Ministerpräsidenten der Länder sind auf Samstagvormittag zu einer Konferenz von der Reichsregierung nach Berlin eingeladen worden. Es ist anzunehmen, daß sich die Regierung bei dieser Gelegenheit den führenden Vertretern der Länder vorstellen will, und daß dabei innenpolitische Fragen zur Sprache kommen werden.

## Kleine Chronik

Elfi Weinhorn ist am Dienstag mit dem Flugzeug in Lima (Peru) eingetroffen.

Der pensionierte Huzarenoberst Heinrich Brandtsch, ein Bruder des deutschen Staatssekretärs für Minderheitswesen, Rudolf Brandtsch im rumänischen Kabinett Raja-Boiwood, hat sich in Hermannstadt (Siebenbürgen) eine Kugel in die Brust geschossen und ist schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht worden. Oberst Brandtsch hatte seit vier Monaten seine Ruhebezüge nicht erhalten und war daher mit seiner Frau und vier Kindern dem größten Elend preisgegeben.

Aus einer amtlichen Denkschrift über Straßenausfälle in England im vergangenen Jahre geht hervor, daß während dieses Jahres nicht weniger als 6691 Personen durch Straßenausfälle getötet, 202 119 Personen verletzt wurden. Im Jahre 1930 waren die Ziffern 7805 bzw. 177 895.

Der Führer der Altfranzösischen Reichspartei, Dr. Budat, der am Dienstag auf offener Straße überfallen und schwer verletzt wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. Es soll sich um ein politisches Attentat handeln.

Der italienische Votschatter in London, Bordonaro, der Dienstagabend, wie gemeldet, einen schweren Herzanfall erlitt, ist heute, Mittwoch, früh gestorben.

In Malaga sind 100 junge Leute im Alter von 14 bis 15 Jahren unter dem Verdacht verhaftet worden, die zahlreichen Bombenattentate in den letzten Wochen ausgeführt zu haben.

## Vertrauensvotum für Herriot

### Frankreichs „Recht“ auf Reparationen

Das Kabinett Herriot hat sich der am Dienstag zum erstenmal zusammengetretenen neuen französischen Kammer mit einer Regierungserklärung vorgestellt. Die Sitzung endete mit der Annahme (884 gegen 115 Stimmen bei 110 Enthaltungen) einer von den Radikalen und den Sozialisten vorgeschlagenen Entschließung, welche der Regierung das Vertrauen ausdrückt.

Im innerpolitischen Teil der Regierungserklärung fällt das außerordentlich starke Entgegenkommen an die Grundsätze der Sozialisten auf, so die Ankündigung, daß die Arbeitslosenunterstützung in Zukunft über 180 Tage hinaus gewährt werden soll, ferner, daß auch die Kurzarbeiter unterstützt werden sollen und schließlich die Ankündigung des weiteren Ausbaues des unentgeltlichen Unterrichts.

Außenpolitisch wird sich die Regierung — so erklärt sie — von der so dringlichen Notwendigkeit der Organisierung des Friedens in Europa und der ganzen Welt leiten lassen. Sie wird alles tun, was von ihr abhängt, um zu einer Politik der Entspannung, einer wirtschaftlichen Entente und der moralischen Abrüstung beizutragen. Bezüglich der Reparationen könne sich Frankreich keine Rechte aus den Verträgen bestreiten lassen, die durch die Ehre der Unterjochung geschützt seien. Die Welt würde, wenn sie dem Einfluß des Rechtes entzogen würde, wieder unter den Einfluß der Gewalt geraten. Die französische Regierung sei sich, wenn sie diese Grundsätze hervorhebe, bemüht, nicht egoistische Vorrechte zu verteidigen, sondern Weltinteressen. Im übrigen sei die französische Regierung bereit, über jeden Plan zu beraten, oder jede Initiative zu ergreifen, die einer größeren Stabilität in der Welt dienen könne.

Als Herriot seine Darlegungen über die Außenpolitik begann, sprach er in feierlichem Ton, jedes Wort unterstreichend. Die Erwähnung der „unveräußerlichen Rechte Frankreichs“ auf Reparationen wurde von der gesamten Kammer auch von Tardieu, mit Beifall aufgenommen.

### Eine Erklärung des Präsidenten Lebrun

In Kammer und Senat hat der neugewählte Präsident der Republik, Lebrun, eine Erklärung verlesen lassen, in der er sagt, er werde die vitalen Interessen des Vaterlandes wahrnehmen. Eine Wirtschaftskrise von außergewöhnlichem Ausmaß sei heute auch über Frankreich gekommen. Frankreich pflege gegenwärtig internationale Beziehungen von außergewöhnlicher Bedeutung für die allgemeine Wirtschaft und für den Weltfrieden. Frankreich sei ein begeistertes Mitglied des Völkerbundes. Frankreich müsse eine Politik gegenseitiger Hilfe und Unterstützung zu betreiben suchen. Es werde aber bei diesen Anstrengungen nur die gerechte Sorge um seine Sicherheit, seine Unabhängigkeit und seine Stabilität hochhalten müssen, die wichtige Pfänder des allgemeinen Friedens seien. Frankreich werde sich auch bemühen, die großen Grundzüge der Achtung untereinanderer Abmachungen und des gegebenen Wortes zur Geltung zu bringen.

Paris, 8. Juni. (Tel.) Die Regierungserklärung und die Rede des Ministerpräsidenten in der gestrigen Kammerführung finden in der Morgenpresse eine geteilte Aufnahme. „Deuvre“ begrüßt die Haltung der Sozialisten und hofft auf eine Fortdauer des vor den Wahlen eingegangenen Bündnisses der beiden Parteien. Im Gegensatz zu den Äußerungen der Linkspartei greifen die rechtsstehenden Zeitungen Herriot, zum Teil scharf, an. „Echo de Paris“ wirft der Regierungserklärung Verwaschenheit und Geheimnisträmerie vor. Das Blatt greift dabei gleichzeitig Deutschland an.

### Herriot über die elsässische Frage

In Beantwortung von Interpellationen erklärte Herriot, die Regierung unterscheide nicht zwischen der allfranzösischen und der elsäß-lothringischen Bevölkerung. Niemals seien die östlichen Provinzen unterschiedlich behandelt worden oder nur fälschlich mit dem Vaterland verbunden gewesen. Sie seien stets französisch geblieben; sie seien es und sie würden es bleiben. Die Regierung würde niemals dulden, daß dem Begriff der Unteilbarkeit Frankreichs Abbruch getan werde.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Haushaltsaussschuß

Im Haushaltsaussschuß entspann sich am Dienstag eine Debatte über die Regiebetriebe. Es lag ein Antrag Dr. Wadbin (Staatspartei) betr. Abbau staatlicher und kommunaler Regiebetriebe vor. Der Berichterstatter, Abg. Osnitel (Zentr.), formulierte im Eingangsreferat mit dem Antragsteller einen neuen abgeänderten Antrag, der einen allmählichen Abbau mit gewissen Einschränkungen vorsieht und mit allen gegen vier Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde.

Ein Regierungsvertreter hatte erklärt, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden auch bei den Regiebetrieben zum Ausdruck komme; und wenn ein Regiebetrieb sich rentiere und der Überschuß zum Ausgleich des Gemeindehaushalts diene, so werde von Seiten des Staates wohl kaum viel dagegen zu machen sein. Der Finanzminister hatte darauf hingewiesen, daß der Staat sein Gebiet bei den Regiebetrieben nicht überschritten habe.

Zum Antrag der Nationalsozialisten auf Wiedereinführung der vorschläglichen Zahlungsweise für die Beamtengehälter teilte die Regierung mit, daß mangels Kassenvorrat die Zahlungen bisher nur durch die Aufnahme kurzfristiger Kredite bewerkstelligt werden konnten. Die Gläubiger drängten auf Zahlung, die Gemeinden seien mit Verpflichtungen an das Land stark im Rückstand. Der Finanzminister hat, um dem Wunsch der Beamten entsprechen zu können, Reichshilfe erbeten. Die Rückkehr zur vollen Vorauszahlung erfordert 5 Mill. RM. und zur Vorauszahlung wenigstens des Wohnungsgeldes 1,5 Millionen Reichsmark. Der frühere Reichsfinanzminister habe sich außerstande erklärt, die nötigen Mittel für beide Fälle zur Verfügung zu stellen, habe aber die Gewährung eines Kredits in Höhe von 1,5 Millionen Reichsmark in Aussicht gestellt. Die Bemühungen würden bei der neuen Regierung fortgesetzt.

Längere Auseinandersetzungen knüpften sich an die Anträge des Zentrums und der Nationalsozialisten zugunsten der badischen Klein- und Abfindungsrentnerien. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß nach Entkung der Verkaufspreise des Braumweines die Steuer entschieden zu hoch und daher ein Unrecht sei. Die Regierung wird ersucht, nochmals ganz entschieden für die Interessen der badischen Kleinrentner einzutreten. Unter Bezugnahme auf den Offenburger Prozeß kam auch zum Ausdruck, daß die Monopolstrafen in einer Höhe ausgesprochen werden, die eine Bezahlung geradezu ausschleße. Dabei müßten sich die Gerichte wochenlang mit derartigen Prozessen beschäftigen. — Die beiden Anträge wurden einstimmig angenommen.

### Erzbischof Dr. Gebber in Freiburg

Der neue Erzbischof übernimmt, wie der „Bad. Beob.“ meldet, heute, Mittwoch, die Regierung der Erzdiözese. Er traf Dienstag abend in Freiburg ein.

Die feierliche Inthronisation findet Montag, den 20. Juni, vormittags 9 Uhr im Münster statt. Am Sonntag vorher, am 19. Juni, veranstaltet die Bevölkerung Freiburgs um 6 Uhr abends zu Ehren des neuen Erzbischofs eine Serenade auf dem Münsterplatz.

### Falsche Sünt-Reichsmark-Stücke

Von der Preßstelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Seit Dezember 1931 kommen in Baden, hauptsächlich in den Bezirken Karlsruhe, Offenburg und Freiburg falsche 5-Mark-Stücke mit verschiedenen Münzzeichen und Jahreszahlen in Verkehr. Die Stücke bestehen aus drei Teilen. Der Kern ist Messing. Auf diesen sind zwei Kupferplättchen aufgeflickt bzw. aufgelötet und verfilbert. Die Randprägung ist vermutlich mittels Feile nachgeahmt. Das Kupfer kommt bei den Stücken alsbald zum Vorschein, sie sind hieran leicht zu erkennen. Es wird dem Publikum empfohlen, diesen Stücken besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Vertreter der Polizei oder Gendarmerie zu übergeben.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 29) vom 7. Juni 1932 enthält die Verordnung des Ministers der Finanzen über den Vollzug des Gesetzes über die dritte Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vom 7. Juli 1926.

### Aus der Landeshauptstadt

**Badisches Landestheater.** Der Theaterabend im Konzerthaus am Freitag, den 10. Juni, bringt außer dem 1. Akt von Gumpert's „Düffel und Gretel“ das reizende Lustspiel „Als ich noch im Klügel leide“, welches besonders auch der Jugend Freude machen wird, denn lustige Studenten und ausgelassene Badische stellen ein lässliches Mädchenpensionat auf den Kopf, es ist wirklich ein „fröhliches Spiel“, wie es der Autor nennt. Die Darsteller sind diesmal durchweg junge und jüngste Mitglieder der Theater-Akademie, mit Ausnahme von Mona Seiling und Fritz Ruther. Leitung: Ulrich von der Trend. Ganz keine Preise.

**Badische Lichtspiele - Konzerthaus.** Eine Episode aus der Regierungszeit der Kaiserin Katharina von Rußland vermittelt uns der Film „Katarina, die falsche Barentochter“. Katharina, zweifelsohne eine historische Persönlichkeit von großem Format, schreckte vor nichts zurück, sobald das Schicksal ihr eine Person in den Weg stellte. Ihre Berater konnten ohne weiteres abtreten, sobald sie ihrer überdrüssig war. Eine Despotin im wahrensten Sinne des Wortes. — Im Beifilm verfolgen wir die Herstellung von Herrenwäsche in einer Leipziger Wäschefabrik. Dieser Zweig der deutschen Textilindustrie ist heute imstande, auch die verhöhrtesten Ansprüche zu erfüllen zu stellen. Die Arbeitsproben geben davon Zeugnis. — Die Ufa-Wochenschau vermittelt die neuesten Nachrichten.

**Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen:** Infolge Annäherung eines Hochdruckgebietes aus Westen kam es gestern nur noch vereinzelt, in der Hauptsache im Süden des Landes, zu Regenfällen. Die Temperaturen, die in den letzten Tagen stetig gesunken waren, haben auf den Schwarzwaldhöhen nunmehr den Gefrierpunkt erreicht. Die tiefsten Temperaturen der gegenwärtigen Witterungsperiode werden jedoch damit erreicht sein, da wir künftig wieder mit Erwärmung durch Sonneneinstrahlung rechnen können. Das Hochdruckgebiet wird uns voraussichtlich 2 bis 3 trockene und heitere Tage bringen, weshalb sich eine Ausnützung der Wetterbesserung für die gegenwärtige fällige Geernternte empfiehlt. **Vorausage:** Zeitweise heiter, trocken und zunehmende Erwärmung, nachts noch kühl.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**ld. Mannheim, 7. Juni.** Am Montag haben die Probebelastungen und die Messungen auf der neuen Eisenbahnbrücke über den Rhein begonnen. Ingesamt werden während der fünfjährigen Probebelastung vier der neuesten, schweren Lokomotiven mit Tendern auf beiden Gleisen gleichzeitig fahren. Jeder Brückenbogen wird eine Belastung mit 120 Tonnen Gewicht erfahren. Die Belastungszüge haben insgesamt ein Gewicht von 2400 Zentnern. Ergibt die Probebelastung keine Beanstandung, so kann der normale Zugverkehr am 14. Juni auf einem Gleis und ab 22. Juni auf beiden Gleisen der neuen Brücke aufgenommen werden.

**\* Rotenfels, 7. Juni.** Aus Anlaß zur fast 100jährigen Feier der Elisabethen-Quelle, zur Wiedereröffnung der neugebauten Thermen mit neuerstellter Trinkhalle, und anlässlich des großen Sängertreffens zum 60jährigen Stiftungsfeste des Sängervereins „Frohinn“ hat auch der badische Dichter, Geheimrat Dr. Heinrich Pierdorff, aus Karlsruhe, sein Erscheinen zugesagt. Hier weilte er mit seinen Eltern schon in den 70er Jahren zur Kur.

**Offenburg, 7. Juni.** Im Offenburger Sterilisationsprozeß wurde die Beweisaufnahme zu Ende geführt. Für Freitag ist das Plädoyer des Staatsanwalts vorgesehen.

### Handel und Wirtschaft

**Devisennotierungen der Reichsbank (Antlich)**

	8. Juni	7. Juni
	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.78	171.12
Kopenhagen 100 Kr.	84.37	84.53
Italien 100 L.	21.61	21.65
London 100 £	15.43	15.47
New York 100 \$	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.61	16.61
Schweiz 100 Fr.	82.34	82.41
Wien 100 Schilling	51.95	52.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485

**Fester Kurs der Reichsbank.** Bei einer Aussprache in der Reichsbank zwischen der Reichsbankleitung und Vertretern der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, in der Fragen der Kreditversorgung des Einzelhandels erörtert wurden, erklärten die Vertreter der Reichsbank mit großem Nachdruck, daß die Reichsbankleitung mit aller Energie an den jetzigen Grundlagen der Währung festhalte und diesen Standpunkt gerade auch gegenüber solchen Kreisen vertreten werde, die etwa durch gewagte Experimente die Sicherheit der Währung in Frage stellen könnten. Jede Erschütterung der gegenwärtigen Grundlagen der Währung würde ganz besonders auch diejenigen treffen, die sie bewußt oder unbewußt herbeiführen. Die Vertreter der Reichsbank betonten nachdrücklich, daß die jetzige Reichsbankleitung mit der Währung fest und fallt. Sie sei politisch völlig unabhängig und daher durchaus in der Lage, sich gegenüber Einflüssen von außen zu behaupten und die Stabilität der Währung aufrechtzuerhalten.

### Die Bayerische Beamtenversicherungsanstalt

**Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in München**  
sagt in ihrem Geschäftsbericht für 1931 u. a.: Gemessen an den wirtschaftlichen Verhältnissen kann die Anstalt auch im abgelaufenen Jahre zufrieden sein. Gestiegen ist die Zahl der Mitglieder von 190 014 auf 191 224 Personen, die Versicherungssumme von 225 857 000 auf rund 231 725 000 RM, die Prämienreserve von 15 085 681 auf 20 234 429 RM, das Vermögen von 22 135 000 auf rund 24 857 000 RM.

Neu abgeschlossen wurden 21 340 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von rund 29 684 000 RM. Zur Zahlung fällig geworden ist auf 3131 Versicherungen infolge Ablebens die Summe von 1 888 958,15 RM und auf 140 Versicherungen infolge Eintritts der bauernden Dienstunfähigkeit der Betrag von 177 557,45 RM. Der Abgang aus anderen Ursachen (Kündigung, Verfall, Verzicht) betrug 18 485 Versicherungen mit 22 149 590 RM Versicherungssumme.

Die fällig gewordene Versicherungssumme verteilt sich auf normale Versicherungsfälle 1 892 751,95 RM, auf 50 Selbstmorde 68 707,85 RM und auf Doppelzahlung durch Unfall 105 056 RM; zusammen: 2 068 515,80 RM.

Nach Erfüllung aller Verpflichtungen und Abschreibungen ergibt sich ein **Jahresüberschuß** von 1 491 536,55 RM. Der Mitgliederversammlung wird vorgeschlagen, den Überschuß wie folgt zu verwenden: An den Reservefonds 100 000 RM, an die Gewinnrücklage der Versicherten 1 300 000 RM, an die Gewinnrücklage 10 000 RM, an die Rücklage für Unfallzufallsversicherung 10 000 RM, an die Beamtenzuschußkasse des Personals 20 000 RM, an die Rücklage für Verluste aus Hypotheken und Grundbesitz 40 000 RM, zum Vortrag auf neue Rechnung 11 536,55 RM; Überschuß (Gewinn) zusammen: 1 491 536,55 RM. Der Hauptanteil des Überschusses fließt der Gewinnrücklage der Versicherten zu. Auch die Sicherheitsrücklagen erhalten wieder eine entsprechende Stärkung. Im Mai 1932 kam die Gewinnrücklage aus dem Jahre 1930 an die Versicherten zur Verteilung. Aus dem Überschuß 1931 soll der Gewinnrücklage der Versicherten wieder ein Betrag von 1 300 000 RM zugeführt werden. Mit dieser Zuweisung wurden der Gewinnrücklage der Versicherten seit dem Jahre 1924 folgende Beträge zugeführt: aus dem Jahresüberschuß 1924: 60 000 RM, 1925: 190 000 RM, 1926: 330 000 RM, 1927: 500 000 RM, 1928: 750 000 RM, 1929: 1 020 000 RM, 1930: 1 300 000 RM, 1931: 1 300 000 RM; Zuweisung zusammen: 5 450 000 RM. — Im Anzeigenteil der heutigen Nummer ist die Bilanz veröffentlicht.

### Öffentliche Zahlungserinnerung

Es sind zu entrichten:  
10. Juni: Einkommen- und Körperschaftsteueranzahlungen nebst Zuschlägen für das 2. Kalendervierteljahr 1932.  
10. Juni: Umsatzsteueranzahlung für den Monat Mai. R. 1000  
Nicht rechtzeitige Zahlung der Steuern hat die Festsetzung von Verzugszuschlägen mit 1,5 v. H. für jeden angefangenen halben Monat zur Folge.  
Vergeldlose Zahlung unter Angabe der Steuernummer wird empfohlen.  
Karlsruhe, den 7. Juni 1932.  
Finanzämter Karlsruhe-Stadt und Land, Durlach, Ettlingen.

**10% Umzugs-Rabatt**  
auf Stoppdecken, Woll- u. Kamelhaardecken, Daunendecken, Federbetten und Matratzen  
**OERTEL**  
Kaiserstr. 101-103. Ab 1. Juli Kaiserstr. 191

### Städtische Sparkasse Offenburg

**Bilanz per 31. Dezember 1931**

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	66 111,65	1. Spareinlagen	9 412 549,79
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-scheckamt	56 591,80	2. Depositen	283 821,48
3. Wertpapiere	1 030 844,09	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen	764 188,48
4. Wechsel	95 658,75	4. Anlehenkapitalien	55 100,—
5. Darlehen geg. Hypothek	5 308 663,94	5. Sonstige Vorstüsse	10 777,50
6. Darlehen in laufender Rechnung	1 259 300,04	6. Rücklagen	
7. Darlehen a. Schuldschein	12 791,60	a) Gesetzliche Rücklage	638 614,55
8. Darlehen a. Gemeinden	968 056,—	b) Sonderrücklage	24 610,87
9. Grundstückskaufgelber	79 913,05	c) Rücklagen für dub. Aufwertungsfordernngen	13 357,47
10. Lombard-Darlehen	5 586,59	d) Rücklagen für Kursverluste	30 000,—
11. Aufwertungsfordernngen	1 706 391,29	e) Rücklagen für Kurserluste	82 218,36
12. Einlage beim Spargitoverband	210 000,—	7. Reingewinn für 1931	
13. Grundstücke u. Gebäude			
a) Verwaltungsgebäude	76 000,—		
b) Liegenschaften	78 000,—		
14. Geräte	1,—		
15. Einnahmerückstände einschl. Stückzinsen	220 323,65		
	11 175 233,45		11 175 233,45

**Berechnung der Rücklagen**  
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus den Einlagen mit 10 470 554,70 RM = 523 527,73 RM  
Sie betrug auf Schluß des Vorjahres schon 538 614,55 RM  
Somit mehr 15 086,82 RM  
Offenburg, den 23. Mai 1932. R. 989

**Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:** Soller, Oberbürgermeister.  
**Der Geschäftsführer:** Sader, Direktor.  
**Der Gegenbuchführer:** Rudigier, Sparkassen-Amtmann.

**C. 128. Karlsruhe.** Das Konturverfahren über das Vermögen der Firma **Café und Konditorei Odeon Hermann Borchers & Cie.** in Karlsruhe, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, den 1. Juni 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A I.

**C. 129. Karlsruhe.** Güterrechtsregister-einträge.  
1. Zu Bd. II Seite 249: Graver, Richard, Architekt und Inhaber eines Dachdeckergeschäfts, Karlsruhe, und Lina geb. Fieisch verw. Landhauer. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu betreiben, ausgeschlossen. 3. Juni 1932.  
2. Seite 250: Walter, Hugo, Polzeimüller, Karlsruhe, und Luise geb. Lohring. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu betreiben, ausgeschlossen. 4. Juni 1932. Amtsgericht Karlsruhe.

**Rehmen Cie**  
bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“  
Donnerstag, den 9. Juni, nachmittags 2 Uhr, versteigert ich wegen Auflösung eines Haushaltes im Lager der H. L. Walter, Möbeltransport, **Sophienstraße 89**  
**Schlafzimmermöbel** wie: Kompl. möbl. Betten, Waschkommode mit Anrichte, etc. Bett, Waschkommode.  
**Speisezimmermöbel** wie: Anrichte, Tisch, Stühle, 6 Stühle, Kommode, Spiegel, Spiegelkommode.  
**Küchenmöbel** wie: Küchenschrank, eiserner Gartentisch, Gartenstühle, Anrichte, etc. Küchenschrank, Anrichte, etc.  
2 Fahrstühle, 3 u. 4-Wägelchen m. Badofen, Regalstühle, etc. etc. u. a. Kompen, 1 Sofa, Bilder, Spiegel etc.  
**1 fast neuer Gärtnerschrank u. 1 kompl. Rührmaschine mit Kupferblech f. Bäckerei- od. Konditoreibetriebe**  
Franz J. E. Scherer, Rinkel 27. Telef. 1352.

### Bayerische Beamtenversicherungsanstalt

**B. a. G. in München, Dachauer Straße 9** 2.908  
**Bilanz auf 31. Dezember 1931**

A Aktiva	RM	B Passiva	RM
1. Grundbesitz	2 430 590,—	1. Reservefonds	1 100 000,—
2. Hypotheken	20 849 216,48	2. Prämienreserven	20 234 429,—
3. Schuldverpflichtungen gegen öffentl. Körpersch.	100 000,—	3. Reserven für schwedende Versicherungsfälle	78 658,35
4. Wertpapiere	1 568 518,85	4. Gewinnreserven der Versicherten	1 319 123,—
5. Darlehen auf Policen	1 933 861,—	5. Sonstige Reserven und Rücklagen	451 003,43
6. Beteiligung an anderen Unternehmungen	197 000,—	6. Sonstige Passiva	3 582 875,36
7. Guthaben bei Banken u. anderen Verf.-Unternehmungen	98 061,56	7. Gewinn	1 491 536,55
8. Rückständige Zinsen u. Mieten	493 918,10		
9. Außenstände b. Generalagenten und Agenten	133 210,05		
10. Kassenbestand einschl. Post-scheckguthaben	21 465,13		
11. Inventar u. Drucksachen	1,—		
12. Sonstige Aktiva	428 783,52		
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>28 252 625,69</b>	<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>28 252 625,69</b>

Im Jahre 1932 betragen die Gewinnanteile für die Versicherten in Prozenten des Jahresbeitrages:  
20,5% für die Versicherungen des Zugangsjahres 1924  
18% " " " " " " " " 1925  
16,5% " " " " " " " " 1926  
14,5% " " " " " " " " 1927  
13% " " " " " " " " 1928  
10,5% " " " " " " " " 1929  
9% " " " " " " " " 1930  
München, den 6. Juni 1932. Der Vorstand.

